

AntragstellerIn:

Jonas Hermann

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,
30.000€ der verbleibenden Mittel aus dem Jahr 2014 dem Topf für Rechtskosten zuzuweisen.

Begründung:

Aus dem Jahr 2014 verbleiben ca. 60.000€, die verplant werden müssen. Die Hälfte ist für die Anschaffung und Versicherung eines Autos angedacht. Die verbleibende Hälfte soll dem Topf für Rechtskosten zugewiesen werden. Die VS hat sich bisher mit Status, Anforderungen und Folgen der eigenen Verfasstheit beschäftigt. Mit den verbleibenden Geldern sollten politische Ziele verfolgt werden, namentlich die Abschaffung der Anwesenheitspflicht und der Attestregelung unter Angabe von Krankheitssymptomen. Nach angefragter Einschätzung eines Mitglieds des Fachbereich Rechtswissenschaften würden entsprechende Rechtsgutachten und nachfolgende Prozesse 20.000€–30.000€ kosten, insofern

- eine entsprechend renommierte Person für das Gutachten angefragt wird
- Gutachter*in und spätere Rechtsvertretung in Personalunion auftreten und somit entsprechende Vorarbeiten entfallen

Des Weiteren könnten bei eventuellen finanziellen Engpässen die bisherigen 8.000€ des Rechtskostentopfes verwendet werden.